

NATIONALER AKTIONSPLAN ZUR UMSETZUNG VON RESOLUTION 1325 (2000) DES SICHERHEITSRATES DER VEREINTEN NATIONEN

Achter Umsetzungsbericht

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zu den Zielen der am 31. Oktober 2000 einstimmig vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN-SR) verabschiedeten Resolution 1325 (2000) zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und hat am 8. August 2007 den ersten nationalen Aktionsplan (NAP 1325) mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Resolution beschlossen. Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Annahme der Resolution 1325 wurde eine Überprüfung der nationalen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution beschlossen, deren Ergebnis der am 24. Jänner 2012 beschlossene überarbeitete Nationale Aktionsplan ist.

Zur Weiterentwicklung des Aktionsplans wurde unter Federführung des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der VertreterInnen aller beteiligten Ressorts sowie der Austrian Development Agency (ADA) angehören. Diese Arbeitsgruppe erstellt jährlich einen Umsetzungsbericht.

Der vorliegende achte Umsetzungsbericht der Arbeitsgruppe erfasst den Zeitraum vom 1. Jänner 2016 bis 31. Dezember 2016. Er schließt an den siebten Umsetzungsbericht an, der am 12. Juli 2016 vom Ministerrat angenommen wurde und bietet einen Überblick über den Stand der Umsetzung des überarbeiteten Nationalen Aktionsplans bzw. über die von den einzelnen Ressorts und der ADA gesetzten Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen.

Im überarbeiteten nationalen Aktionsplan aus dem Jahr 2012 ist festgehalten, dass im Jahr 2016 unter Einbindung der Zivilgesellschaft eine Überprüfung der Wirksamkeit des Aktionsplans stattfinden wird, wobei die Arbeitsgruppe den Aktionsplan an neue Entwicklungen anpassen und Maßnahmen ändern bzw. ergänzen kann. Seitens des BMEIA wurde damit begonnen, die Ressorts zu ihren Ergebnissen oder Empfehlungen zu befassen. Der Prozess wird derzeit weiterverfolgt.

1. Aktivitäten in Österreich

1.1 Koordination, Monitoring und Berichtslegung

BMEIA:

- Das BMEIA koordinierte die aus VertreterInnen des BMEIA, des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen (BMGF), des Bundesministeriums für Inneres (BM.I), des Bundesministeriums für Justiz (BMJ), des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) und der ADA bestehende Arbeitsgruppe zur Umsetzung bzw. Weiterentwicklung des NAP 1325 unter Einbeziehung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft.
- Der am 7. Juli 2015 vom Ministerrat angenommene siebte Umsetzungsbericht zum NAP wurde an das Parlament weitergeleitet und auf der Webseite des BMEIA und des BMGF veröffentlicht.
- Der siebte Umsetzungsbericht wurde auch an alle österreichischen Botschaften und Vertretungsbehörden sowie alle relevanten Abteilungen des BMEIA mit dem Ersuchen weitergeleitet, die Umsetzung des NAP weiter voranzutreiben und über relevante Projekte und Initiativen zu berichten.
- Das BMEIA veröffentlichte im Berichtszeitraum drei Presseaussendungen mit inhaltlichem Bezug zu Resolution 1325 (siehe Anhang 1).
- Konkrete Anliegen der Zivilgesellschaft wurden im Berichtszeitraum in erster Linie im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des 7. Umsetzungsberichts geäußert, in dessen Erstellung die Zivilgesellschaft eingebunden war. Das BMEIA stand dabei in direktem Kontakt mit den VertreterInnen der Zivilgesellschaft und war darum bemüht, den Anliegen so weit wie möglich Rechnung zu tragen.

1.2 Rekrutierung für internationale Friedensoperationen, Nominierungen für Führungspositionen in internationalen Organisationen und für Wahlbeobachtungen

BMEIA:

- Im Berichtszeitraum wurden von Österreich 52 Personen, davon 23 Frauen (44,23%), für EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Von diesen nominierten ÖsterreicherInnen hat die EU insgesamt 22 Personen tatsächlich auf eine der sieben durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt, davon neun Frauen (40,91%).
- Im Berichtszeitraum wurden von Österreich 39 Personen, davon 13 Frauen (33,3%), für OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Alle

nominierten ÖsterreicherInnen hat ODIHR tatsächlich auf eine der neun durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt.

- Österreich tritt stets für einen höheren Frauenanteil bei OSZE-Leitungsfunktionen im OSZE-Sekretariat, den OSZE-Institutionen sowie in den Feldpräsenzen ein. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 22 zivile Personen an die OSZE-Feldpräsenz sekundiert, davon waren neun (40,9%) weiblich.
- Zudem arbeiteten 13 ÖsterreicherInnen, davon neun Frauen (69,2%), in Internationalen Vertragspositionen im Sekretariat der OSZE in Wien und den OSZE-Institutionen. Sechs dieser Frauen waren im OSZE-Sekretariat angestellt, eine Frau arbeitete im Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau, eine Frau bei der OSZE-Beauftragten für die Medienfreiheit (RFOM), und eine Frau bei dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM).

BM.I:

- Im Berichtszeitraum waren insgesamt 28 PolizistInnen, davon zwei Frauen (das sind 7,14%), in insgesamt drei verschiedenen Krisenmanagement-Einsätzen der Europäischen Union eingesetzt. Zur Mission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) hat das BM.I zwei Polizistinnen entsandt (100%). Die Auswahl des eingesetzten Personals erfolgt zur Gänze durch die Europäische Union bzw. die Vereinten Nationen. Das bedeutet in der Praxis, dass sich die PolizistInnen im Wege des BM.I bei der Europäischen Union oder den Vereinten Nationen in der jeweiligen Mission bewerben. Auf die weitere Personalauswahl dieser beiden internationalen Organisationen hat das BM.I keinen Einfluss.
- Bei der UNMIK-Mission der Vereinten Nationen im Kosovo waren zwei österreichische Polizistinnen im Beobachtungszeitraum als Verbindungsbeamtinnen zur kosovoalbanischen Polizei, zur EULEX-Mission der Europäischen Union und zu anderen internationalen Organisationen im Einsatzgebiet eingesetzt. In ihrer Funktion als „Gender Focal Point“ bei der UNMIK-Mission nahm eine der österreichischen Polizistinnen an der jährlichen Trainingskonferenz der International Association Police Women (IAWP) sowie an einem VN-Workshop zum Thema „Sexual-Gender-Based-Violence“ in Barcelona/Spanien teil. Als UNMIK-Trainerin zu dieser Thematik ist sie für die Sensibilisierung der Kosovarischen Polizei zuständig.

BMJ:

- Mit Stand 31. Dezember 2016 war eine österreichische Richterin im Ruhestand als Richterin am Sondergerichtshof für Residualaufgaben für Sierra Leone und eine weitere österreichische Richterin als Richterin beim Rote-Khmer-Tribunal in Kambodscha tätig sind.

BMLVS:

- Im Berichtszeitraum befanden sich pro Monat durchschnittlich 24 Frauen und 1005 Männer im Auslandseinsatz. Der Höchstwert an entsendeten Frauen belief sich auf 28, was einem Frauenanteil von 2,36% des insgesamt entsendeten Personals entsprach.¹
- Im Beobachtungszeitraum wurden folgende Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Auslandseinsätzen durchgeführt. Diese Maßnahmen dienen vor allem der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie:
 - Die generelle, bedarfsorientierte Genehmigung und Durchführung einer temporären Kinderbetreuung in sechs Bundesländern an 13 Standorten im Juli und August 2016 mit insgesamt 19 Gruppen, für die 458 Kinder angemeldet und in diesen betreut wurden;
 - Die Ausweitung der Flexibilisierung der Dienstzeit in Form von Gleitzeit;
 - Die Weiterführung des Projektes zur Schaffung eines kontinuierlichen Kinderbetreuungsangebotes im Österreichischen Bundesheer (ÖBH) als familienfreundliches Signal an die Bediensteten.
- Darüber hinaus wurden gezielte Rekrutierungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Dienstes für Soldatinnen beim ÖBH gesetzt, mit dem Ziel, den Anteil an Soldatinnen im ÖBH langfristig auf zehn Prozent zu erhöhen. Zu den Maßnahmen zählen unter anderem:
 - Die Veranstaltung von speziellen Schnuppertagen, die jungen Frauen einen Einblick in die Karrieremöglichkeiten beim ÖBH sowie in den Berufsalltag von Soldatinnen und Soldaten bieten sollen. Im Beobachtungszeitraum fand der sogenannte „Girls Day“ einmal an sieben Standorten statt und 1212 interessierte Frauen haben daran teilgenommen;
 - Die Veranstaltung von Schnupper- und Karrieretagen für Frauen und Männer, an denen im Berichtszeitraum 138 interessierte Frauen teilnahmen sowie die Durchführung von Berufsinformationstagen in den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservices (AMS), an denen im Beobachtungszeitraum 18 Frauen teilnahmen;
 - Die gezielte Karriereförderung von Frauen im ÖBH wie beispielsweise die Förderung von Frauen bei der Vergabe von Führungs- und Managementfunktionen sowie die Etablierung eines Mentoring-Programms

¹ Eine Erhöhung des Frauenanteils, v.a. auch in Führungspositionen, ist zunächst unter Berücksichtigung der Personalstruktur des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) zu beurteilen. Mit Stand 1. Dezember 2016 leisteten 14.959 Männer und 446 Frauen freiwillig Dienst beim ÖBH. Grundwehrdienst wurde zu diesem Zeitpunkt von 10.102 Männern abgeleistet; diese können ebenfalls nach Abgabe einer Freiwilligenmeldung einen Auslandseinsatz machen. Bei Auslandseinsätzen besteht Freiwilligkeitserfordernis. Die Personalauswahl kann daher nur auf Grund von freiwilligen Meldungen (und Beurteilung der geforderten Entsende- und Ausbildungsvoraussetzungen) erfolgen.

für neu eintretende Soldatinnen, in dem erfahrene Soldatinnen für eine oder mehrere Soldatinnen als Mentorinnen bestellt werden. Im Beobachtungszeitraum wurden 62 Mentees durch 18 Mentorinnen betreut.

- Die Schaffung und Weiterentwicklung von österreichweiten Kommunikationsplattformen zur Vernetzung und verbesserten Koordinierung von Soldatinnen. An den Jahrestreffen der Absolventinnen der Landesverteidigungsakademie, der Theresianischen Militärakademie sowie der Heeresunteroffiziersakademie haben im Beobachtungszeitraum insgesamt 57 weibliche Offiziere und Unteroffiziere teilgenommen.
- In den Jahren 2011 bis 2013 wurden seitens des BMLVS „Gender Advisors“ als BeraterInnen des Kommandanten der Friedensmission KFOR entsendet. Im Jahre 2014 erfolgte die Übernahme dieser Aufgabe durch Schweden. Mit Anfang 2015 wurde ein „Gender Advisor“ erneut durch das BMLVS entsandt. Von Jänner 2016 bis November 2016 wurde diese Aufgabe wieder durch Schweden übernommen. Seit 25. November 2016 ist diese Funktion erneut durch das BMLVS besetzt. Für die Friedensmission Kosovo wird durch diesen österreichischen Beitrag ein formaler Kontakt zu lokalen Frauenorganisationen im Kosovo ermöglicht. Des Weiteren wird durch die Etablierung dieser Funktion eine Berücksichtigung von geschlechterspezifischen Anliegen – insbesondere jener von Frauen – in der Region gewährleistet.

ADA:

- Von den 23 entsandten Fachkräften der ADA sind sechs Frauen. Davon ist eine als Büroleiterin als Führungsperson anzusehen. Eine weitere Entsandte ist stellvertretende Büroleiterin. In den ADA-Kooperationsbüros wurden sogenannte „Gender Focal Points“ benannt, die insbesondere für die Vermittlung und Weiterleitung von für die ADA relevanten genderspezifischen Richtlinien und Tools sowie Informationen aus der ADA-Zentrale in den Kooperationsbüros sowie im Rahmen der Zusammenarbeit mit lokalen PartnerInnen zuständig sind.

1.3. Training/Code of Conduct

BMEIA:

- Ein Seminar über Gender/internationale Frauenfragen ist Bestandteil des verpflichtend zu absolvierenden Grundausbildungsprogramms für MitarbeiterInnen des höheren wie auch des gehobenen Auswärtigen Dienstes. Im Rahmen dieses Seminars werden schwerpunktmäßig die Zielsetzungen von Resolution 1325 und der Nachfolgeresolutionen behandelt. Eine derartige Ausbildungsveranstaltung für die nach dem Ende eines längeren

Aufnahmestopps neu aufgenommenen MitarbeiterInnen sowie weitere interessierte MitarbeiterInnen des BMEIA ist für den Sommer 2017 vorgesehen.

- Am 2. März fand ein Workshop im tschechischen Außenministerium zum Thema „Drafting the National Action Plan on 1325 UNSC Resolution“ statt, an welchem auch zwei österreichische VertreterInnen als Vortragende sowie ein Mitarbeiter der Botschaft teilnahmen.

BM.I:

- Die Resolution 1325 fließt im Rahmen mehrerer Ausbildungsmodule im Bereich der generellen Vorbereitung für Auslandseinsätze ein. Im Bereich der missionsspezifischen Ausbildung (unmittelbare Vorbereitung von PolizistInnen für eine bestimmte Mission) wird wiederholt auf die Bedeutung von Resolution 1325 eingegangen.
- Zwei österreichische Polizistinnen, die im Ausbildungsbereich für Auslandseinsätze tätig sind, wurden im Berichtszeitraum zu Ausbildungsveranstaltungen mit dem Schwerpunkt „A comprehensive approach to gender in operations“ nach Brüssel sowie zu einem ESDC-Kurs zum Thema „Gender Integration in CSDP“ in Den Haag entsandt.
- Im Berichtszeitraum wurden bei den internationalen Einsätzen, an denen sich das BM.I mit der Entsendung von PolizistInnen beteiligt, keine Verhaltensstandards durch österreichische PolizistInnen verletzt.

BMLVS:

- Seit dem Jahr 2010 werden vom „Swedish Armed Forces International Training Centre“ (SWEDINT) „Gender Field Advisor“ (GFA)-Kurse für internationale TeilnehmerInnen durchgeführt. Im Berichtszeitraum wurde die Bezeichnung auf „Gender Advisor“ (GENAD)-Kurse geändert. Durch ein bilaterales Kooperationsprojekt wurde 2011 ebenso ein dementsprechendes Ausbildungsprogramm des European Security and Defence College (ESDC) ins Leben gerufen². Die nachfolgende Entsendung von hierdurch qualifizierten GENAD ermöglicht die Umsetzung einer diversitätsgerechten und insbesondere geschlechterspezifischen Herangehensweise in internationalen Friedenseinsätzen. 14 Bedienstete des BMLVS, davon sechs Frauen (43%) wurden bis zum Ende des Berichtszeitraums bereits zu GFA ausgebildet. Die Ausbildung weiterer Bediensteter des BMLVS zu GA sowie zu TrainerInnen im Bereich Gender war im Berichtszeitraum in Vorbereitung.
- Unter Einbindung von internationalen Gender-ExpertInnen wurde ein spezielles Gender-Ausbildungsmodul „Basics und Gender-Perspective in militärischen

² ESDC Pilot Course: A Comprehensive Approach to Gender in Operations (Bilaterales Kooperationsprojekt initiiert durch Niederlande und Spanien).

Operationen“ zur Integration der Thematik in die generellen Ausbildungsmaßnahmen für Bedienstete des BMLVS entwickelt. Das erarbeitete Ausbildungsmodul wird seit dem Jahr 2012 ebenenadäquat in die unterschiedlichen Laufbahn- und Grundausbildungsmaßnahmen für SoldatInnen und zivile MitarbeiterInnen integriert. Des Weiteren wurde ein spezielles Gendermainstreaming-Einsatzmodul entwickelt, welches flächendeckend im Rahmen der Ausbildungsvorbereitung für Auslandseinsätze zur Anwendung kommt.

- Das im Jahr 2012 vom BMLVS in Kooperation mit dem BMEIA, dem BMI und dem BKA entwickelte interdisziplinäre Ausbildungsprogramm für Führungskräfte in Friedensoperationen zum Schutz von ZivilistInnen in bewaffneten Konflikten wurde im Berichtszeitraum einmal (November 2016) am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) in Stadtschlaining durchgeführt. Im Rahmen dieses international angebotenen Kurses wurden seit 2012 bis zum Ende des Berichtszeitraumes insgesamt 126 nationale und internationale TeilnehmerInnen, davon 38 Frauen (30%), ausgebildet. Ein Ausbildungsteil des mittlerweile jährlich veranstalteten Kurses widmet sich explizit der Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten und dient unter anderem der Vermittlung von Grundkenntnissen zur Resolution 1325 sowie zu den Folgeresolutionen.
- Seit 2013 wird seitens des BMLVS ein weiteres thematisches Ausbildungsprogramm – ein UN Training of Trainers (ToT)-Kurs zum Schutz von ZivilistInnen in bewaffneten Konflikten – am ÖSFK in Stadtschlaining abgehalten. Auch bei dieser Ausbildungsmaßnahme ist ein Ausbildungsteil explizit den Inhalten und Zielen der Resolution 1325 gewidmet und behandelt unter anderem die Rolle und den Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten sowie die Null-Toleranz Politik gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch bei VN-Friedenseinsätzen. Im Rahmen dieser Kurse, die bis zum Ende des Berichtszeitraums drei Mal in Österreich stattfanden, wurden bisher 72 internationale TeilnehmerInnen, darunter 16 Frauen (22%), zu TrainerInnen im Bereich Schutz von ZivilistInnen ausgebildet. Im Berichtszeitraum wurde seitens des BMLVS ein „*UN Integrated Protection of Civilians training materials Development Workshop*“ (kurz IPOC-Workshop) am ÖSFK abgehalten. Der IPOC-Workshop diente der Überarbeitung der Ausbildungsmaterialien der VN zum Thema „Protection of Civilians“. IPOC hat als Zielsetzung die bisherigen spezialisierten Materialien zu Schutz von ZivilistInnen, sexuelle Gewalt in Konflikten und Schutz von Kindern in ein einheitliches Ausbildungspaket zu integrieren. Am Workshop nahmen 26 internationale TrainerInnen, die bereits im Bereich PoC tätig sind, teil, darunter neun Frauen (37%).
- Im ÖBH gibt es zudem die Möglichkeit, ein vertiefendes zweitägiges Seminarangebot „Gender Mainstreaming“ zu absolvieren, welches die Ziele und die Umsetzung von Resolution 1325 explizit zum Thema macht. Im Jahr 2016 hat das Seminar einmal stattgefunden und wird weiterhin jährlich angeboten.

Insgesamt nahmen an dem Ausbildungsangebot im Beobachtungszeitraum 10 TeilnehmerInnen teil, darunter eine Frau (10%).

- Die aus Resolution 1325 erschießbaren Ziele und Absichten werden weiters in bestehenden Lehrveranstaltungen der Unteroffiziers- und Offiziersausbildung thematisiert. Der Schutz und die Rechte von Frauen in internationalen bewaffneten Konflikten werden insbesondere in den Lehrveranstaltungen zum Thema Humanitäres Völkerrecht angesprochen.
- Darüber hinaus werden genderspezifische Aspekte, die in der nationalen Rechtsordnung verankert sind und einen ressortspezifischen Bezug aufweisen im Rahmen der ressortbezogenen Rechtslehre angesprochen.
- Auch im Rahmen von speziellen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (z.B. Generalstabsausbildung, Stabslehrgang, Einweisung des militärdiplomatischen Personals) werden Teile von Resolution 1325 gesondert und explizit thematisiert. Hier liegt der Schwerpunkt in einer generellen Sensibilisierung zur Gleichstellung mit der Strategie Gender Mainstreaming; Resolution 1325 ist dabei ein Teilbereich.
- In der Ausbildung im Rahmen einer Einsatzvorbereitung kommen zudem die relevanten Ausbildungsinhalte der nunmehr ebenenbezogenen VN CPTM („Core Pre-Deployment Training Materials“) wie „Code of Conduct“ (Verhaltensregeln), „Child Protection“ (Schutz von Kindern), „Prevention of Sexual Exploitation and Abuse“ (Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch) und „Gender Equality in Peacekeeping“ (Gleichheit/Gleichberechtigung der Geschlechter in friedenserhaltenden Operationen) zur Anwendung.
- Das ÖBH verfolgt eine Null-Toleranz-Politik in Bezug auf sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch im Rahmen von internationalen Einsätzen; vermutete Verstöße werden disziplinarrechtlich und strafrechtlich verfolgt. Im Beobachtungszeitraum lagen keine Verstöße gegen vorliegende Verhaltensstandards und die Null-Toleranz-Politik betreffend sexuellen Missbrauchs und Prostitution im Rahmen von internationalen Einsätzen durch das entsendete Personal des Österreichischen Bundesheeres vor.

ADA:

- Im Rahmen der Jahrestagung der ADA im August 2016, an der die LeiterInnen der ADA-Kooperationsbüros teilnehmen, wurde ein halbtägiger Workshop zu Fragilen Situationen und der Frauen, Friede, Sicherheitsagenda durchgeführt. Es wurden Ansatzpunkte zur Umsetzung der Ergebnisse der Globalen Studie des VN-GS vom Oktober 2015 für die ADA erarbeitet – dies unter Berücksichtigung des ADA- Engagements in humanitären Krisen und der Auswirkungen von Migration und Klimawandel.

2. Österreichische Aktivitäten in internationalen und supranationalen Organisationen sowie in bilateralen Kontakten

2.1. Allgemeines

Am 3. Juni 2016 fand in Graz eine internationale Konferenz zum Thema „Fighting Conflict Related Sexual Violence – Grassroots Women as Agents of Change“ mit Fokus auf die Situation in Syrien/Irak statt. Die vom BMEIA mitorganisierte und – finanzierte Konferenz war mit drei Friedensnobelpreisträgerinnen (Leymah Gbowee, Liberia; Rigoberta Menchu-Tum, Guatemala; Jody Williams, USA) und zahlreichen VertreterInnen aus Regionalorganisationen, VN und IOs hochrangig besetzt. Ziel war neben Bewusstseinsbildung auch der Start eines Prozesses zur Schaffung einer VN-Strategie zur Bekämpfung von sexueller Gewalt in Konflikten in der MENA Region.

2.2 Vereinte Nationen

BMEIA:

- Seit 1. Jänner 2015 ist die von Österreich nominierte Richterin Dr. Lilian Hofmeister Mitglied des VN-ExpertInnenkomitees zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW).
- Im Rahmen des VN-Spezialausschusses für Friedenserhaltende Operationen (C-34) konnten im Berichtszeitraum die Verweise auf die Umsetzung der Frauen, Frieden und Sicherheits-Agenda gestärkt werden, insbesondere in Bezug auf die Stärkung der „women protection advisers“ in den friedenserhaltenden Operationen der VN.
- Österreich setzt sich als Beobachter im Verwaltungsrat von UN Women weiterhin u.a. für eine starke Berücksichtigung der Thematik „Frauen, Frieden und Sicherheit“, die Förderung der Umsetzung von Resolution 1325 und das Empowerment von Frauen in politischen Übergangsprozessen im Rahmen der Tätigkeit von UN Women ein.
- Österreich beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen zu den Schlussfolgerungen („agreed conclusions“) im Rahmen der 60. Sitzung der Frauenstatuskommission (CSW), die von 14. bis 24. März 2016 in New York tagte. Österreich beteiligte sich auch an den Verhandlungen der Resolutionen zu „Frauen, Mädchen, HIV und AIDS“, zum „mehrjährigen Arbeitsprogramm“, zur „Freilassung von Frauen und Kindern in Gefangenschaft“ und zur „Situation palästinensischer Frauen“. Österreich unterstützte dabei auch die Abhaltung von vier Nebenveranstaltungen. Die gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen „Peace is Loud“ und „The Global Network of Women Peacebuilders“ organisierte Diskussion „The role of media and the Sustainable Development Goals“ bot eine Gelegenheit, den Abschlussbericht des Symposiums zu „Enhancing Women’s Share in Peace and Security“ anlässlich des

15. Jahrestags der Resolution 1325 und 20 Jahre Peking-Erklärung zu präsentieren.

- Am 30. Juni 2016 wurde die von Österreich nominierte Richterin Renate Winter als Mitglied des VN-Kinderrechteausschusses (CRC) für die Periode 2017-2021 von der Vertragsstaatenkonferenz wiedergewählt.
- Österreich setzte sich im Rahmen der Verhandlungen zur Resolution der VN-GV zur Globalen Antiterrorismusstrategie dafür ein, dass sowohl Frauenrechte als auch die Rolle von Frauen bei der Bekämpfung und Prävention des Terrorismus und des gewalttätigen Extremismus stärker berücksichtigt werden.
- Am Rande der hochrangigen Woche der 71. VN-GV beteiligte sich Österreich am 23. September an der Auftaktveranstaltung des „1325 Women, Peace and Security Focal Point“-Netzwerks. Das Focal Point Netzwerk soll die Umsetzung der 1325-Agenda erleichtern, indem innerstaatliche Entscheidungsprozesse durch den Austausch von „Best Practices“ erleichtert werden.
- Österreich beteiligte sich an der Debatte des VN-SR zu Frauen, Frieden und Sicherheit am 25. Oktober 2016. Im Zentrum der Debatte stand die Notwendigkeit der verbesserten Umsetzung der Agenda und der Empfehlungen der im Vorjahr veröffentlichten Globalstudie zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Zahlreiche Staaten betonten insbesondere die Notwendigkeit der Einbeziehung von Frauen nicht nur in die Konfliktlösung, sondern auch in die Konfliktverhütung. Österreich beteiligte sich durch eine gemeinsame Stellungnahme mit Liechtenstein, der Schweiz und Slowenien sowie im Rahmen von Stellungnahmen der EU, der Freundesgruppe für Frauen, Frieden und Sicherheit sowie des Netzwerks menschlicher Sicherheit (HSN) an dieser Debatte. Im Vorfeld der Debatte organisierte Österreich gemeinsam mit Partnerorganisationen am 21. Oktober die Veranstaltung „One year too long: can the South Sudan peace agreement be saved? South Sudanese women use UNSC Resolution 1325 to ensure implementation“.
- Österreich beteiligte sich auch an den Debatten des VN-SR zum Schutz von ZivilistInnen am 19. Jänner und 10. Juni 2016 und betonte dabei die Bedeutung der Umsetzung von Resolution 1325 und die Notwendigkeit der Einbeziehung von Frauen in die Konfliktverhütung und -lösung.
- Im Rahmen des 1. Komitees der 71. VN-GV unterstützte Österreich aktiv die von Trinidad und Tobago zum zweiten Mal eingebrachte Resolution zu Frauen, Abrüstung, Nichtverbreitung und Waffenkontrolle, die insbesondere eine stärkere Einbeziehung und Förderung von Frauen in diesen Prozessen sowie genauere Analysen der Auswirkungen von bewaffneter Gewalt auf Frauen fordert. Die Resolution wurde mit 151 Stimmen, keiner Gegenstimme und 25 Enthaltungen von der VN-GV angenommen.
- Im Rahmen des 3. Komitees der 71. VN-GV setzte sich Österreich aktiv für die Stärkung der Frauenrechte in zahlreichen Resolutionen ein, insb. in den Resolutionen zur Bekämpfung des Menschenhandels, zur Abschaffung der

weiblichen Genitalverstümmelung und zur Beseitigung aller Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Als Hauptverhandler der Resolution zu Menschenrechten in der Rechtspflege gelang es Österreich, den Aspekt von Frauen in Haftsituationen zu verankern.

- Im Rahmen des 6. Komitees der 71. VN-GV setzte sich Österreich aktiv für ein stärkeres Augenmerk auf den Zugang von Frauen zur Justiz ein und beteiligte sich an der Debatte zum Thema „Access to Justice for all, in particular the poorest and most vulnerable“. Im Rahmen der Verhandlungen der Resolution zur Rechtsstaatlichkeit forderte die EU auf Drängen von Österreich die stärkere Berücksichtigung von Frauenrechten. Weiters unterstützte Österreich im Zusammenhang mit der Umsetzung des humanitären Völkerrechts besonders die Prävention und Bekämpfung von sexueller Gewalt in Konflikten.
- Österreich trat im Dezember 2016 der Freundesgruppe „Gender Parity“ bei, die sich für eine stärkere Teilhabe von Frauen in gestaltenden Rollen bei den Vereinten Nationen einsetzt.
- Österreich nahm an der ersten Sitzung des VN-Netzwerks für Militär- und PolizeiberaterInnen zur Stärkung von Frauen, Frieden und Sicherheit am 12. Dezember 2016 teil. Ziel des informellen Netzwerks ist es, den Austausch praktischer Erfahrungen bezüglich Gender-Angelegenheiten und der militärisch/polizeilichen Aspekte von Resolution 1325 unter den Militär- und PolizeiberaterInnen der VN-Vertretungen zu stärken.
- Im Rahmen der internationalen Frauenstatuskommission 2016 wurde ein Side – Event des „Global Network of Women Peacebuilders“ im Rahmen eines von der ADA finanzierten Regionalprogramms in Afrika zur Rolle der Medien bei der Umsetzung von SDG 16 in Zusammenarbeit mit der österreichischen Vertretung in NY unterstützt.

2.3. Europäische Union

BMEIA/BMLVS

- Österreich ist aktives Mitglied in der EU Task Force 1325, welche von der Ratsarbeitsgruppe Menschenrechte (COHOM) eingerichtet wurde und nahm regelmäßig an deren Sitzungen in Brüssel teil. Die Sitzungen der EU Task Force 1325 im Beobachtungszeitraum waren u.a. Fragen der Überarbeitung der EU-Indikatoren zur Messbarkeit der Umsetzung von Resolution 1325 gewidmet. Für die Erstellung des dritten Umsetzungsberichts, der auf den EU-Indikatoren basiert, übermittelte Österreich einen Beitrag zu den nationalen Umsetzungsmaßnahmen zu Resolution 1325. Ein weiterer Schwerpunkt waren die vorbereitenden Arbeiten zur Revision des „Umfassenden Ansatzes“ („EU Comprehensive Approach“) der EU aus dem Jahre 2008 zur Umsetzung von Resolution 1325. Um eine strategischere Ausrichtung der Arbeit der EU Task

Force 1325 zu erreichen, wurde eine „High Level Task Force zu 1325“ eingerichtet. In diesem Rahmen sollen sich hochrangige ExpertInnen treffen, um die nötigen Impulse für die Arbeit der Task Force zu setzen. Die Anzahl der Treffen der EU Task Force 1325 wurden deutlich erhöht. Zur Überarbeitung des „EU Comprehensive Approach“ wurde eine eigene Unterarbeitsgruppe eingerichtet, die mit den nötigen Vorbereitungsarbeiten betraut wurde. Ziel ist die Annahme einer „EU Policy zum Themenkomplex „Women, Peace, Security“, gekoppelt mit einem Aktionsplan, der vom Rat indossiert werden soll.

- Österreich beteiligte sich des Weiteren aktiv am 7. Jahrestreffen der EU Mitgliedstaaten zur Resolution 1325 am 6. Juli 2016 in Brüssel. Das Treffen, an dem neben VertreterInnen der EU und der EU-Mitgliedstaaten auch VertreterInnen anderer internationaler Organisationen und der Zivilgesellschaft teilnahmen, war dem Thema „Möglichkeiten und Herausforderungen für Frauen, Frieden und Sicherheit in den Medien“ gewidmet. Dabei präsentierte der Österreichische Vertreter im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee die Ergebnisse eines vom BMEIA in Kooperation mit dem Büro der Nationalratspräsidentin und zahlreichen weiteren PartnerInnen am 3./4. November 2014 in Wien abgehaltenen Internationalen Symposiums zum Thema „Enhancing Women’s Share in Peace and Security“, das einen besonderen Schwerpunkt auf der Rolle der Medien in der Umsetzung von Resolution 1325 hatte.
- Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU/regionalen Ratsarbeitsgruppen setzte sich Österreich laufend für die Berücksichtigung der Situation von Frauen in Konfliktsituation sowie für deren verstärkte Einbindung in Friedensgespräche ein.
- Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU setzte sich Österreich dafür ein, dass bei allen GSVP-Missionen und Operationen das Thema Frauen, Frieden und Sicherheit eine größere Bedeutung eingeräumt wird und dass bei Missionen, die die Ausbildung von Streitkräften, Polizeieinheiten oder Personen aus der öffentlichen Verwaltung zum Inhalt haben, dieses Thema auch in den Ausbildungsplänen berücksichtigt wird.
- Österreich brachte sich laufend in die Debatte zum Thema Mainstreaming von Menschenrechten, Schutz von ZivilistInnen, humanitärem Völkerrecht und Gender Equality in GSVP-Missionen und Operationen, unter besonderer Berücksichtigung von Resolution 1325, ein. Österreich sprach das Thema zudem bei der Diskussion von konkreten GSVP-Mandaten, bei den regelmäßigen Berichten von GSVP-Missionen und Operationen sowie bei horizontalen GSVP-Diskussionen an. Während bei der Berichterstattung über gender-relevante Aspekte in GSVP-Missionen und Operationen Fortschritte zu beobachten sind, besteht in Teilaspekten weiterhin erheblicher Verbesserungsbedarf, weshalb sich Österreich kontinuierlich für eine systematische Berichterstattung zu gender-relevanten Aspekten einsetzt.

2.4. OSZE

BMEIA:

- BMEIA: Österreich unterstützt die Bestrebungen, die Anzahl der hauptamtlichen „Gender-Advisors“ an den Feldpräsenzen der Organisation zu erhöhen. Die Berücksichtigung der Zielsetzung von Resolution 1325 ist auch bei der finanziellen Unterstützung von OSZE-Projekten durch Österreich ein Anliegen. Der Großteil der durch Österreich unterstützten OSZE-Projekte verfolgt einen „Gender Mainstreaming“-Ansatz. Zudem unterstützte Österreich im Beobachtungszeitraum spezifische Projekte zur Umsetzung von Resolution 1325 in der OSZE-Region, u.a. ein UNODA-OSZE Projekt zur Förderung des KarriereEinstiegs von jungen Frauen in das Berufsfeld Abrüstung und Non-Proliferation sowie die Durchführung eines Gender-Trainings für OSZE-MitarbeiterInnen.
- Österreich setzt sich weiterhin für eine Verbesserung der Umsetzung von Resolution 1325 im Rahmen der OSZE ein. Österreich hat bereits im Jahr 2012 eine gemeinsame Initiative mit Finnland, der Türkei und Kasachstan zu einem OSZE-weiten Aktionsplan zur Umsetzung von VN-SR-Resolution 1325 eingebracht. Der Entwurf des Aktionsplans sieht erstens das „Mainstreaming“ des Inhalts der Resolution in sämtliche relevante Arbeitsbereiche der OSZE und zweitens die Ausarbeitung von nationalen Umsetzungsmaßnahmen von teilnehmenden Staaten vor. Trotz breiter Unterstützung konnte bisher kein Konsens erreicht werden.
- Auch im Rahmen des österreichischen OSZE-Vorsitzes 2017 stellt die Umsetzung von Resolution 1325 ein wichtiges Schwerpunktthema dar. Im Beobachtungszeitraum liefen die Vorbereitungen für zahlreiche Vorsitzveranstaltungen zum Thema. Zu den geplanten Veranstaltungen zählen eine Diskussionsrunde zur Implementierung einer Geschlechterperspektive in Operationen im Jänner, ein Side-Event bei der UN Frauenrechtskommission im März in New York, ein High-level Retreat zum Thema „Effective Peace Processes and Inclusion of Women“ im April, sowie eine „Gender Equality Review Conference“ von 12.-13. Juni.

BMLVS/BMEIA:

- Im Rahmen des Informationsaustausches zum OSZE-Verhaltenskodex zu politisch militärischen Aspekten hat Österreich so wie in den Vorjahren auch im Jahr 2016 am freiwilligen Informationsaustausch mit Teilnehmerstaaten der OSZE zur Umsetzung der Resolution 1325 teilgenommen.

2.5. NATO/EAPC/PfP

Allgemein:

- Im aktuellen Entwurf des Individual Partnership and Cooperation Programme (IPCP) (für 2016-2017) zwischen Österreich und der NATO, das vom BMEIA und BMLVS unter Beteiligung der ÖV NATO und der Militärvertretung Brüssel ausgearbeitet wurde, wird konkret auf die Resolution 1325 Bezug genommen. Hierbei wird darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit zwischen Österreich und der NATO unter Berücksichtigung der Stärkung von „Gender Mainstreaming“ in Sicherheitspolitik und Krisenmanagement aufbauen sollte.

BMLVS:

- In den Jahren 2011 bis 2013 wurden seitens des BMLVS „Gender Advisors“ (vormals Gender Field Advisor) als Beraterinnen des Kommandanten der Friedensmission KFOR entsendet. Im Jahre 2014 erfolgte die Übernahme dieser Aufgabe durch Schweden. Mit Anfang 2015 wurde der „Gender Advisor“ erneut durch das BMLVS entsandt. Von Jänner 2016 bis November 2016 wurde diese Aufgabe wieder durch Schweden übernommen. Seit 25. November 2016 ist diese Funktion erneut durch das BMLVS besetzt. Für die Friedensmission Kosovo wird durch diesen österreichischen Beitrag ein formaler Kontakt zu lokalen Frauenorganisationen im Kosovo ermöglicht. Des Weiteren wird durch die Etablierung dieser Funktion eine Berücksichtigung von geschlechterspezifischen Anliegen – insbesondere jener von Frauen – in der Region gewährleistet.
- Österreich konnte im Rahmen seiner Tätigkeit als Ko-Vorsitz einer informellen Arbeitsgruppe (im NATO-Jargon „Tiger Team“) zum Schutz von ZivilistInnen in bewaffneten Konflikten (Protection of Civilians/PoC) im Berichtszeitraum im Operationenplanungskomitee (in ISAF, KFOR, RSM-Format) die Erstellung einer NATO „Policy for the Protection of Civilians“ erreichen. Diese NATO PoC Policy wurde offiziell am NATO-Gipfel in Warschau am 8./9. Juli 2016 angenommen und der Öffentlichkeit präsentiert. In weiterer Folge brachte sich Österreich im Berichtszeitraum aktiv in die Erarbeitung eines Aktionsplans zur Umsetzung der NATO PoC Policy ein, welcher 2017 finalisiert werden soll. Die NATO PoC Policy stellt dabei auch die Verbindung mit bestehenden Konzepten zu Frauen, Frieden und Sicherheit, Kindern in bewaffneten Konflikten und konfliktbezogener sexueller Gewalt her.
- Des Weiteren brachte sich Österreich im Beobachtungszeitraum aktiv in die Diskussionen bei verschiedenen NATO-Treffen mit hochrangigen VN-VertreterInnen zu Resolution 1325 und verwandten Themen ein.
- Im Berichtszeitraum übermittelte Österreich auf Anfrage des „NATO Committee on Gender Perspectives“ (NCGP) einen Bericht zur Umsetzung der Resolution 1325 innerhalb der nationalen Streitkräfte. Dieser nationale Bericht wurde in der

2015 Zusammenfassung der nationalen Berichte von NATO Mitglieds- und Partnerstaaten zum NCGP veröffentlicht. Diese Zusammenfassung soll vor allem bestehende Unterschiede für Frauen und Männer in den Streitkräften der NATO Mitglieds- und Partnerstaaten und Handlungsmöglichkeiten, um diese zu beseitigen, aufzeigen.

- Im Berichtszeitraum nahm ein Angehöriger des ÖBH an der jährlichen Gender Advisor (GENAD) Konferenz des „Allied Command Operations“ (ACO) in Ramstein von 15. bis 16. November 2016, teil. Die ACO GENAD Konferenz der NATO soll den in den Einsätzen und Strukturen der NATO eingesetzten GENAD die Möglichkeit geben, sich zu vernetzen und sich auszutauschen und befasst sich mit Gender Themen innerhalb der NATO Strukturen.
- Österreich nimmt regelmäßig an den Sitzungen des NATO Komitees zu Gender-Perspektiven (NCGP) teil. Dieses seitens der NATO ständig eingerichtete Gremium dient der Beratung der Führung der Allianz und der Mitgliedsnationen in allen Fragen der Beschäftigung, Ausbildung und Verwendung von Frauen in den Streitkräften. Im Rahmen einer umfassenden Strategieentwicklung wurde dabei auch die Umsetzung der Resolution 1325 als wesentliche Priorität definiert.

BMEIA:

- Die ÖV NATO brachte sich im Beobachtungszeitraum aktiv in die Diskussionen bei verschiedenen NATO-Treffen mit hochrangigen VertreterInnen zu Resolution 1325 und verwandten Themen ein, darunter im Rahmen des neue NATO Zivilgesellschafts-Gremium zu Frauen, Frieden und Sicherheit („Civil Society Advisory Panel“ (CSAP)), bei einem Workshop zur Erarbeitung der Richtlinien zum Gender Mainstreaming von Projekten mit Klein- und Leichtwaffen, bei Minenräumungsaktionen und bei Waffenkontrollen im November/Dezember 2016 oder durch regelmäßige Teilnahme an Veranstaltungen der NATO-Friends of 1325.
- Beim Gipfeltreffen in Warschau im Juli 2016 wurde die Strategie der NATO zum Schutz von ZivilistInnen verabschiedet. Die verabschiedete Strategie wird derzeit unter aktiver Mitarbeit der ÖV NATO mit einem konkreten Aktionsplan umgesetzt, den der Rat regelmäßig prüfen wird. Der Entwurf des Aktionsplans wird in laufenden OPC Meetings revidiert und soll im Februar 2017 zur Beschlussfassung an die NATO-VerteidigungsministerInnen übermittelt werden. Der derzeitige Entwurf sieht zahlreiche Verweise auf Resolution 1325 vor. Österreich ist an der Ausarbeitung des Aktionsplanes aktiv involviert und vertritt die österreichischen Anliegen v.a. in Bezug auf die Priorisierung von PoC-relevanten Bereichen im „Lessons Learned“-Prozess sowie die Durchsicht von entsprechenden PoC-Ausbildungszielen und Curricula für PartnerInnen.
- Mit Oktober 2016 trat Rose E. Gottemoeller ihr Amt als stellvertretende Generalsekretärin der NATO an. Dies macht Gottemoeller zur ranghöchsten weiblichen Repräsentantin in der NATO-Geschichte. Die ÖV NATO bemühte sich

im Beobachtungszeitraum mit Fr. Gottemoeller um ein persönliches Zusammentreffen – ein Gespräch zwischen dem österreichischen Botschafter bei der NATO und der DSG fand schließlich am 20. Jänner 2016 statt.

- Ein vom NATO Science for Peace and Security (SPS) Programm finanziertes und von Dr. Stéfanie von Hlatky (Assistant Professor of Political Science, Queen's University) federführend durchgeführtes Projekt an der NATO wurde aktiv von der ÖV NATO unterstützt. Im Rahmen dieses Projektes wurden die MitarbeiterInnen der ÖV NATO zu Gender Mainstreaming-Agenden in der Delegation in einem einstündigen Interview im Dezember 2016 befragt. Das Interview wird sowohl für die wissenschaftliche Forschung zum Gender Mainstreaming in der NATO als auch für die Entwicklung eines Gender-Sensibilisierungskurses für die NATO-Gemeinschaft verwendet. Eine kleine Pilotversion des Kurses fand im NATO-Hauptquartier am 13. Dezember 2016 statt – auch an dieser nahm die ÖV NATO teil.

2.6. Bilaterale Kontakte

BMEIA:

- Im Rahmen ihrer bilateralen Kontakte mit Staaten in Konflikt- und Postkonfliktsituationen setzten sich hochrangige österreichische VertreterInnen regelmäßig für die Umsetzung von Resolution 1325, einschließlich der Partizipation von Frauen in Friedensprozessen, ein.
- Die österreichischen Botschaften und Vertretungen setzten im Berichtszeitraum diverse Aktivitäten, einschließlich Treffen mit der Zivilgesellschaft und mit Frauenorganisationen, zur Förderung der Ziele von Resolution 1325. Eine beispielhafte Liste derartiger Aktivitäten liegt diesem Bericht als Anhang 2 bei.
- Aufgrund der Entwicklungen in bestimmten Regionen – wie z.B. der Flüchtlingskrise und der sich verschlechternden Sicherheitslage in der Nahost-Region – erwies es sich für die betroffenen österreichischen Botschaften zum Teil deutlich schwieriger als in den vorhergehenden Jahren, mit frauenspezifischen Fragen und Gesichtspunkten sowie entsprechenden Botschaften im öffentlichen Diskurs des Empfangsstaates durchzudringen.

BMLVS:

- Seitens des BMLVS wird im Rahmen von militärdiplomatischen Konsultationen regelmäßig auch die Weiterentwicklung des gemeinsamen Dienstes von Frauen und Männern in den Streitkräften thematisiert. Dabei werden auch die Umsetzung von Resolution 1325 und diesbezüglich erforderliche Umsetzungsaktivitäten mit bilateralen PartnerInnen angesprochen.

ADA:

- Österreich setzte sich sowohl im Rahmen von bilateralen Kontakten als auch in relevanten internationalen Foren (z.B. Universal Periodic Review des VN-Menschenrechtsrates) fortlaufend für die universelle Ratifizierung von relevanten völkerrechtlichen Übereinkommen (z.B. CEDAW, Kinderrechtskonvention, Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes) ein.
- Im bilateralen Politikdialog konzentrierte sich das Engagement zur Umsetzung des österreichischen NAP zu 1325 in Äthiopien vor allem auf den Politik-Dialog mit unterschiedlichen Stellen:
 - In Zusammenarbeit mit der Geberplattform wurden Empfehlungen zur gender-sensitiven Umsetzung von humanitärer Hilfe und Resilienz im Kontext von Klimaschocks wie El Nino erarbeitet, da nachweislich ein erhöhtes Konfliktpotential besteht. Diese wurden von Mary Robinson, Special Envoy on El Nino and Climate, bei ihrem Besuch in Addis Abeba aufgenommen und in den Dialog mit der Regierung Äthiopiens eingebracht.
 - Inter-governmental Authority on Development (IGAD): Im Partnerdialog mit IGAD wird die notwendige Debatte zur Feminisierung von Frieden und Sicherheit von Aktivitäten und Budgetdebatten eingebracht.
 - Institute for Peace and Security Studies (IPPS): Die Stärkung der Rolle von Frauen in Frieden und Sicherheitspolitik in akademischer Ausbildung wurde weiterverfolgt.

3. Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

BMEIA:

- Die Budgetlinie des BMEIA zur Unterstützung von UN Women wurde im Beobachtungszeitraum – ebenso wie in den Vorjahren – neben der Leistung eines finanziellen Beitrags zum Kernbudget von UN Women zur Gänze für die Finanzierung von Beiträgen und Projekten zur Förderung der Umsetzung von Resolution 1325 sowie zur Bekämpfung und Verhütung von Gewalt an Frauen verwendet. Im Detail sind für den Berichtszeitraum folgende Beiträge aus dieser Budgetlinie anzuführen:
 - Finanzieller Beitrag zum Kernbudget von UN Women in der Höhe von EUR 250.000 (2016).
 - Finanzieller Beitrag zu dem von UN Women verwalteten UN Trust Fund to End Violence against Women in der Höhe von EUR 50.000 (2016).
 - Internationale Konferenz "Women for Peace" zum Thema sexuelle Gewalt in Konfliktsituationen mit drei Friedendnobelpreisträgerinnen in Graz im Juni 2016 in der Höhe von 30.000.

ADA:

- Generell unterstützt die OEZA eine Vielzahl an Initiativen, die durch systematisches Gender-Mainstreaming sowie durch gezielte Maßnahmen zur Selbstermächtigung von Frauen auf struktureller und individueller Ebene als Präventionsmaßnahmen in den Partnerländern zu bewerten sind. Im Jahr 2015 lag der Anteil der Projekte und Programme, die mit OECD-Gendermarker 1 oder 2 bewertet wurden, bei 66,13% im Jahr 2016 bei 72,33%³.
- Im November 2016 fand in Nairobi die Präsentation des OXFAM-Berichts zu den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kosten von konfliktbezogener Gewalt statt, der im Rahmen eines ADA-finanzierten Projektes erstellt wurde. Anwesend waren neben einer Vertreterin der österreichischen Botschaft 35 VertreterInnen von hauptsächlich NGOs, aber auch VertreterInnen eines Lokalsenders. Als wesentliches Ergebnis des Berichts wurde die nunmehrige Verfügbarkeit von empirischen Daten zu einem ansonsten weitgehend undokumentierten und unterrepräsentierten Themas identifiziert.
- Darüber hinaus sind folgende Projekte und Programme spezifisch dem Bereich „Frauen, Frieden und Sicherheit“ zuordenbar:
 - Finanzierung des Rahmenprogramms CARE Österreich zur Umsetzung der Resolution 1325 und Folgeresolutionen: „Rechte fordern – Gleichstellung fördern: Frauenermächtigung und männliches Engagement für Transformation der Genderrollen in post-konflikt und von Nahrungsmittelknappheit betroffenen Regionen (Äthiopien, Nepal, Uganda)“. Die drei länderübergreifenden Resultatebenen sind: (1) Auf der individuellen Ebene (AGENCY): Frauen haben gleichgestellten Zugang und Kontrolle über Produktionsmittel, um ihre Existenz zu sichern. (2) Auf gesellschaftlicher Ebene (RELATIONS): Transformation von sozio-kulturellen Normen, Beziehungen und Verhalten von Frauen, Männern, Mädchen und Burschen für Geschlechtergleichstellung. (3) Bedeutungsvolle Repräsentation und Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen. In Nepal und Uganda wird die erfolgreiche Arbeit zur Frauenermächtigung in post-konflikt Gebieten zur Implementierung von Resolution 1325 und 1820 in einem holistischen Ansatz weitergeführt.
 - Finanzierung des Rahmenprogramms CARE Österreich „Lernen für Wandel – Starke Frauenstimmen in Ostafrika“: Ziel ist die Förderung und Durchsetzung der Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen im Haushalt, in der Gemeinde sowie auf lokaler und nationaler Ebene. Das Programm stärkt auf institutioneller Ebene 40 NGOs und „Grassroots-Organisationen“ und befähigt diese, die Gleichstellung von Männern und Frauen in ihren eigenen

³ Das BMEIA strebt für die OEZA einen Anteil von 75% der Projekte mit OECD Gendermarker 1 (Gendermainstreaming) oder 2 (spezifisches Gleichstellungsziel) an, der als strategische Vorgabe im Rahmen des Gender Budgetings festgelegt wurde.

Programmen zur Armutsbekämpfung erfolgreich zu verankern und zu fördern. Dadurch soll die Änderung von sozialen Normen, auch unter Einbeziehung von Männern und Frauen, sowie die Stärkung von Frauen in gesellschaftlichen Funktionen und auf individueller Ebene erreicht werden. Für den Zeitraum von 2016-2018 erfolgt dafür eine Unterstützung in der Höhe von EUR 2.500.000.

- Unterstützung des regionalen Programmes des „Global Network of Women Peacebuilders“ (GNWP) zur verbesserten Umsetzung von Resolution 1325 in Kenya, Südsudan und Uganda. Durch die Unterstützung der partizipativen Entwicklung von NAPs und/oder lokaler Umsetzungspläne auf Gemeindeebene soll die Resolution auf nationaler Ebene umgesetzt und durch Einbringen der Erfahrungen und „Lessons Learned“ auf regionaler und internationaler Ebene die internationale Frauen, Frieden und Sicherheits-Agenda positiv beeinflusst werden. Unterstützung in Höhe von EUR 350.000 (2014-2016).
- Das CARE Projekt „‘Mein Recht auf meine Zukunft‘ - Frauen für den Frieden“ zielt darauf ab, eine starke und politisch aktive palästinensische Gesellschaft aufzubauen, in der sich Frauen und Männer gleichermaßen für einen gerechten und langanhaltenden Frieden einsetzen. Zielsetzungen sind dabei: 1) Unterstützung für Frauen, aktiv in politischen Parteien teilzunehmen und friedliche Formen der Konfliktlösung zu fördern. 2) Förderung der politischen partizipation durch ausgewählte Medien 3) Stärkung des politischen Bewusstseins und des Selbstvertrauens von jungen AktivistInnen, vor allem von jungen Frauen aus 20 vom Konflikt betroffenen Gemeinden. Für den Zeitraum 2015-2018 erfolgt dafür eine Unterstützung in der Höhe von EUR 93.700,00.
- Die OEZA trägt in Uganda neben sieben weiteren europäischen GeberInnen zur „Democratic Governance Facility“ (DGF) bei, die durch eine koordinierte Unterstützung nichtstaatlicher und staatlicher ugandischer Akteure die Stärkung der Demokratie zum Ziel hat. Die DGF unterstützt u.a. Projekte zur Umsetzung der Resolution 1325 und Folgeresolutionen, wie zB. die Erstellung und Verbreitung eines Monitoring-Plans zu Ugandas Nationalem Aktionsplan zu Resolution 1325 durch das Centre for Women in Governance. Für den Zeitraum 2011-2016 erfolgt dabei eine Unterstützung in Höhe von EUR 1.700.000 .
- Im Rahmen des Projektes „Promoting accountability for quality service delivery and the protection of rights of women and girls in Northern Uganda“ mit der lokalen Organisation UWONET geht es um Sensibilisierung von Gemeinden in

Norduganda im Hinblick auf rechtlichen Zugang und Kapazitätenentwicklung zur Verbesserung der lokalen Dienstleistungen mit Fokus auf die Sektoren Justiz, Wasser, Bildung, sowie Gesundheit, zum Schutz der Rechte insbesondere von Frauen durch die Ausbildung von Frauen-Netzwerken und Jugendlichen, die Involvierung von Medien sowie die Ausbildung von Gemeinde-Bediensteten insbesondere im Justizbereich. Für den Zeitraum 2014-2017 erfolgt dabei eine Unterstützung in der Höhe von EUR 348.548,00.

- Die Unterstützung eines regionalen OXFAM-Programmes zielt auf die Kapazitätenstärkung von Organisationen des Afrikanischen Frauennetzwerkes SOAWR in ihrem Engagement mit der Afrikanischen Union ab. Eine Grundlage dafür wird durch eine Studie zur Ermittlung der durch Konflikte entstehenden sozialen, ökonomischen und wirtschaftlichen Kosten geschaffen, deren Verbreitung nicht zuletzt zur Entwicklung von verbesserten rechtlichen Rahmenbedingungen und Politiken zur Bekämpfung von Geschlechter-basierter Gewalt in Nigeria, Ägypten und im Südsudan beitragen soll. Für den Zeitraum 2014-2016 erfolgt dabei eine Unterstützung in Höhe von EUR 825.000.
- Mit der Kofinanzierung des UNWOMEN Programmes „African Women changing the narrative“ wird der Beitrag der afrikanischen Frauen in relevanten Bereichen von Entwicklung und Frieden durch die Produktion von Dokumentationen und die Durchführung von Events sowie einer Kommunikationsplattform zur Verbreitung von „Good Practices“ in afrikanischen Ländern, aber auch außerhalb des Kontinents aufgezeigt. Durch Erfolge, die durch Führerschaft und Beteiligung von Frauen erzielt werden konnten, aber auch durch gezielte Partnerschaften mit dem Privatsektor wird aufgezeigt, dass die politische Teilhabe von Frauen und ihr Empowerment auch den Gemeinden, den Ländern und dem ganzen Kontinent zu Gute kommen. Für den Zeitraum 2015-2016 erfolgt dabei eine Unterstützung in der Höhe von EUR 470.000.

Anhang 1: Presseaussendungen des BMEIA

- 16.2.2016: **„Zero Tolerance gegenüber sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten“** – Utl. Internationaler Tag für die Beseitigung sexueller Gewalt in Konflikten
- 8.3.2016: **„Einsatz für Frauenrechte fundamentaler Bestandteil des österreichischen und europäischen Wertesystems“**– Utl. Bundesminister Sebastian Kurz aus Anlass des Weltfrauentages
- 10.12.2016: **„Menschenrechtsverletzungen entschlossen bekämpfen und Brücken für Menschenrechte bauen“** Utl. Bundesminister Kurz zum Internationalen Tag der Menschenrechte; zu den thematischen Schwerpunkten der angestrebten österreichischen Mitgliedschaft im VN-MRR soll u.a. der Bereich Frauenrechte zählen

Anhang 2: Aktivitäten der österreichischen Vertretungsbehörden zur Förderung der Ziele von Resolution 1325 – exemplarische Liste

ÖB Algier:

- Gespräche der österreichischen Botschafterin mit algerischen Parlamentarierinnen über die Möglichkeit der Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungspositionen bei internationalen und regionalen Organisationen. Algerien verfügt bereits jetzt über eine gesetzlich verankerte Frauenquote von 30% im Parlament, die 2016 sogar noch leicht übertroffen wurde.

ÖB Bern:

- Die österreichische Botschaft beteiligte sich aktiv an der gemeinsam von der Botschaft von Kanada und der Schweizerischen Agentur für Entwicklung und Zusammenarbeit organisierten Diskussionsveranstaltung „Preventing violence against women: Engaging men and boys, building alliances“ am 6. Dezember 2016 in Bern.

ÖB Buenos Aires:

- Im Rahmen des Besuchs von Bundesminister Wolfgang Brandstetter im Oktober 2016 in Buenos Aires organisierte die österreichische Botschaft diverse Arbeitstreffen mit der Präsidentin der Richtervereinigung in Argentinien und der Dekanin der Rechtsfakultät der Universität von Buenos Aires, zu denen die österreichische Botschaft regelmäßigen Kontakt pflegt.
- Die österreichische Botschaft unterstützte die Teilnahme einer österreichischen Expertin zum Thema „Gender Budgeting“ am von der argentinischen Frauenstiftung „Mujeres en Igualdad“ organisierten hochkarätigen internationalen Forum „Frauen gegen Korruption“ im Oktober 2016 in Buenos Aires.
- Die österreichische Botschaft unterstützte die Aktivitäten der EU-Delegation zur Ausarbeitung des von der EU finanzierten „EU Gender Action Plans 2016-2020“ für die Gleichberechtigung von Frauen im öffentlichen und privaten Sektor in Kooperation mit dem paraguayischen Frauenministerium.
- Zum Thema Gewalt gegen Frauen präsentierte die österreichische Botschaft anlässlich der EU-Filmfestivals 2016 in Asuncion und Montevideo den von Regisseur Günter Schwaiger gemeinsam mit dem ORF koproduzierten und international akklamierten österreichischen Dokumentarfilm „Martas Koffer“.
- Die österreichische Botschaft unterstützte die Bemühungen der EU-Delegation in Buenos Aires zur verstärkten Teilhabe von Frauen in EU-Veranstaltungen. Zu diesen gehörte die Teilnahme von Außenministerin Susana Malcorra, Sicherheitsministerin Patricia Bullrich, Abgeordnete Margarita Stolbizer und der Gouverneurin der Provinz Buenos Aires, María Eugenia Vidal, an diversen Arbeitstreffen mit den EU-Missionschefs.
- Auf Einladung der österreichischen Botschafterin nahm Vize- und Senatspräsidentin Gabrielle Michetti im April 2016 als Ehrengast an einem

Arbeitsmittagessen mit den in Buenos Aires akkreditierten Botschafterinnen in der österreichischen Residenz teil.

ÖB Bukarest:

- Rumänien hat am 23. Mai 2016 das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) ratifiziert, das am 1.9.2016 in Kraft trat. Eine gemischte Arbeitsgruppe aus VertreterInnen des Parlaments, der Ministerien für Justiz, Bildung, Inneres und Arbeit sowie RepräsentantInnen von NGOs und Medien soll nunmehr Vorschläge für Gesetzesänderungen und andere Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention unterbreiten. Die österreichische Botschaft wurde eingeladen, regelmäßig an den Sitzungen der gemischten Arbeitsgruppe teilzunehmen und „best practices“ aus Österreich vorzustellen.
- Bei der ersten und bislang einzigen Sitzung am 30.8.2016 wurde der österreichische NAP 2014-2016 und der Grevio-Länderbericht zu Österreich an die TeilnehmerInnen der gemischten Arbeitsgruppe zirkuliert. Am 7.10.2016 präsentierte ein Vertreter der österreichischen Botschaft auf Einladung des rumänischen Außenministeriums und der Agentur für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Rahmen einer Tagung über die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt „best practices“ aus Österreich.
- Am 28.11.2016 gab der österreichische Botschafter anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen im Rahmen eines von der Spanischen Botschaft und des „Network for Preventing and Combating Violence against Women“ veranstalteten Podiumsgesprächs Einblicke in die Ausgestaltung der Wegweisung und des Betretungsverbots durch die Polizei sowie Maßnahmen zur Prävention. Unter den ZuhörerInnen befanden sich VertreterInnen aller maßgeblichen politischen Parteien. Die Podiumsdiskussion wurde auch in den rumänischen Medien rezipiert.

ÖB Canberra:

- Die österreichische Botschaft führte im Jahr 2016 folgende Süd-Nord mit dem Schwerpunkt „Stärkung der Rolle von Frauen in der Gesellschaft“ durch:
 - Vanuatu: Maskulinität verstehen - Ausbildungsprogramm für männliche Polizeiangehörige zur Erhöhung von „gender sensitivity“ in den Themenbereichen: Geschlechtergleichstellung, Gewalt gegen Frauen, häusliche Gewalt, sexueller Missbrauch von Kindern. Projektpartner war das Vanuatu Women’s Centre (VWC).
 - Tonga: Bedeutung und Voraussetzungen für die Registrierung von Geistigen Eigentumsrechten zum Schutz von traditionellem Wissen (zB im Kunsthandwerk, in traditionellen Designs) und traditionellen kulturellen Ausdrucksformen (zB traditionelle Zeremonien, althergebrachtes Liedgut und überlieferte Formen der Weitergabe des kulturellen Erbes). Projektpartnerin war die „Tongan Women In Law Association“.

ÖB Damaskus:

- In Vorbereitung der am 2./3. Juni 2016 in Graz abgehaltenen Internationalen Konferenz „Women for Peace“ identifizierte und kontaktierte die österreichische Botschafterin einschlägige NGOs. Eine Panelteilnehmerin wurde mit Hilfe von UNFPA Damaskus ausfindig gemacht, den OrganisatorInnen vorgeschlagen und ihre Teilnahme in die Wege geleitet. Die Einladung zur Konferenz samt Information sowie die aktualisierte Agenda und link zum Livestream wurden an Organisationen und Personen, die in oder außerhalb Syriens mit dem gegenständlichen Thema in Syrien befasst sind, übermittelt.

ÖB Dublin:

- Teilnahme des österreichischen Botschafters an einem Treffen mit der irischen NGO AkiDwA am 4. Mai, in welchem das Thema weibliche Genitalverstümmelung (FGM) besprochen wurde. Der Schwerpunkt der Arbeit der NGO liegt bei afrikanischen Immigrantinnen in Irland. Nach Schätzungen leben derzeit rund 3700 Frauen in Irland, die bereits FGM erlitten haben.
- Treffen und Besprechung von Kooperationsmöglichkeiten am 21. September mit der irischen NGO „Front Line Defenders“. Eines der Anliegen der NGO ist der Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen, die aufgrund ihres Geschlechtes oft zusätzlichen Gefahren ausgesetzt sind.
- Die österreichische Botschafterin hielt im Rahmen der Think Tank Veranstaltung „Female diplomats: gender peculiarities of diplomatic service in Ukraine“ des International Center for Policy Studies in Kiew am 26.11.2015 einen Vortrag über die Rekrutierung und Rolle von Frauen im österreichischen diplomatischen Dienst und die Bedeutung von Diplomatinen im Hinblick auf die Förderung von Frieden und Sicherheit.

ÖB Islamabad:

Amtsbereich Pakistan

- Die österreichische Botschaft hält im Rahmen ihrer Tätigkeiten ständigen Kontakt zu weiblichen Regierungs- und Parlamentsmitgliedern, Wirtschaftsvertreterinnen sowie Frauenrechtsaktivistinnen, Künstlerinnen und Journalistinnen. Des Weiteren beteiligt sie sich regelmäßig an den zahlreichen Initiativen und Koordinierungstreffen der lokalen EU-Delegation in diesem Bereich.
- Auf Vorschlag der österreichischen Botschaft nahm die Parlamentsabgeordnete der Regierungspartei PML-N und Generalsekretärin des „Young Parliamentarians Forums“, Frau Shaza Fatima Khawaja, im November 2016 am vierten Durchgang des „Austrian Leadership Program (ALPS)“ teil.
- Die österreichische Botschaft unterstützte die Organisation eines dem Erfahrungsaustausch in Bezug auf Maßnahmen gegen „Violence against Women“ dienenden Arbeitsbesuchs von VertreterInnen der „Special Monitoring Unit (SMU)“ des „Chief Minister Punjab’s Office“ im November in Wien.

- Im September nahm die österreichische Botschafterin an der von „UN Women“ und der australischen High Commission als Ko-Vorsitzende der „Inter Agency Gender and Development Group (INGAD)“ organisierten Paneldiskussion „CPEC and Women Economic Empowerment“ teil.
- Im August organisierte die österreichische Botschafterin in Kooperation mit dem „Pakistan Humanitarian Forum“ ein Mittagessen für Parlamentarierinnen und Botschafterinnen.
- Die österreichische Botschafterin wirkte im Juli an einer Paneldiskussion zum Thema „Progress towards Gender Equality in Punjab“ mit, organisiert von „UN Women“ und der australischen High Commission.
- Die österreichische Botschaft bewarb die im Juni in Graz abgehaltene „Women for Peace“-Konferenz unter Frauenrechtsaktivistinnen.
- Die österreichische Botschaft veranstaltete im Mai in Kooperation mit der Wiener Galerie „hinterland“ eine Ausstellung mit dem Titel „where are we?“ zur Förderung des interkulturellen Verständnisses, welche auch die gesellschaftliche Rolle der Frau thematisierte.
- Die österreichische Botschafterin nahm im April an einer vom Roten Halbmond im Präsidentschaftspalast organisierten Veranstaltung zum „International Women’s Day“ teil.
- Im April nahm die österreichische Botschafterin an dem Forum „Countering Violent Extremism: The Role of Women and Youth“ teil, in dessen Rahmen mit Frau Mossarat Qadeem vom „PAIMAN Alumni Trust“ auch eine Zusammenarbeit mit dem Projekt „Mother Schools“ von „Women Without Borders Österreich“ zur Deradikalisierung von Jugendlichen besprochen wurde.
- Die österreichische Botschafterin beteiligte sich im April als Spielerin an einem von „UN Women“ veranstalteten Fußball-Freundschaftsspiel gegen die pakistanische Frauen-Nationalmannschaft.
- Im Februar wirkte die österreichische Botschafterin im Rahmen des „International Women Leaders Summit“ in Karachi an einer Paneldiskussion zu weiblichen Führungspersönlichkeiten in Diplomatie und anderen öffentlichen Funktionen mit.
- Die österreichische Botschafterin nahm im Jänner an einer von der „Special Monitoring Unit (SMU)“ des „Chief Minister Punjab’s Office“, der „City Traffic Police Lahore“, des „Women Development Department“ sowie von „UN Women“ organisierten Eröffnungsveranstaltung des Projekts „Women on Wheels“ in Lahore teil, das zu einer größeren Mobilität von Frauen beitragen soll. Darüber hinaus konnte die österreichische Botschafterin mit der Provinzministerin für „Women Development“ von Punjab, Frau Hameeda Waheedudin, frauenrechtlichen Themen besprechen.

- Im Jänner nahm die österreichische Botschafterin an einer regionalen Konferenz der „South Asian Women Alliance of Community Leaders“ teil.

Amtsbereich Afghanistan

- Im Rahmen eines Süd-Nord-Botschaftsprojektes wurden erste Schritte der Österreich-Afghanistan Gesellschaft (OEAFG) zur Verbesserung der Wasserversorgung an einer Mädchenschule in Kabul finanziert.
- Die österreichische Botschaft wurde im Vorhaben der Caritas Austria, ein durch Talibanangriffe teilweise zerstörtes bzw. außer Betrieb gesetztes Frauenzentrum (Textilwerkstätte mit Ausbildungsfunktion, Schule, Kindergarten, Sozialzentrum) in Kunduz zu reaktivieren, mehrmals unterstützend tätig.

ÖB Malaysia:

- Die österreichische Botschaft erfreut sich bester Kontakte zur einflussreichen malaysischen NGO „Sisters in Islam“, welche sich für die Rechte muslimischer Frauen in Malaysia einsetzt. Diese NGO unterhält eine Zeitungskolumne für Rechtsberatung und führt Lehrveranstaltungen, öffentliche Bildungsprogramme und Schulungen im islamischen Frauenrecht durch. Nachhaltiger Kontakt wird auch zur Rechtsanwältin Dato Ambiga Sreenevasan, einer der bekanntesten Menschenrechtsaktivistinnen in Malaysia, unterhalten.

ÖB Madrid:

- Insbesondere während der spanischen Mitgliedschaft zum VN-Sicherheitsrat, zu dessen Prioritäten die Umsetzung von Resolution 1325 gehörte, bestand ein regelmäßiger Austausch mit dem spanischen Außenministerium zu dem Thema.

ÖB Mexiko:

- VertreterInnen der österreichischen Botschaft nahmen an Veranstaltungen der mexikanischen Regierung (allen voran des mexikanischen Außenministeriums) teil, in denen die Schwerpunkte der mexikanischen Außenpolitik, darunter die Stärkung der Rolle der Frauen (Implementierung von Follow Up-Mechanismen; Abhaltung des Nord- und Lateinamerikanischen Gender-Summits 2016 im April 2016 in Mexiko-Stadt), präsentiert wurden. Im Rahmen der 27. mexikanischen BotschafterInnen-Konferenz am 6. Jänner 2016 wurde von der ehemaligen Außenministerin Claudia Ruíz Massieu in Aussicht gestellt, dass in Hinkunft 50% aller Rangerhöhungen auf Botschafterniveau qualifizierten Frauen vorbehalten sein würden.
- Vertreterinnen der österreichischen Botschaft nahmen regelmäßig an Sitzungen an der Delegation der Europäischen Union in Mexiko, in welchen Fälle von Menschenrechtsverteidigerinnen besprochen wurden, teil. Besonders die Stadt Juárez dient im Kontext der Behandlung neuer Hotspots wie Bundesstaaten Guerrero oder Michoacán als Referenz für ein Beispiel, wie in einer Stadt/Region, welche die Aufmerksamkeit seit den 1990er Jahren durch die große Anzahl an

Frauenmorden auf sich lenkte, ein funktionierendes Netzwerk an Frauenorganisationen, die ziemlich erfolgreich mit der regionalen Regierung zusammenarbeiten, aufgebaut wurde.

- Die Gesandte-Botschaftsrätin der österreichischen Botschaft Mexiko reiste im Jahr 2016 mehrmals nach Zentralamerika (Honduras, Guatemala), um spezifisch an den von den dort ansässigen EU-Delegationen veranstalteten Menschenrechtstreffen teilzunehmen. Im Rahmen dieser Treffen wurde die Menschenrechtssituation unter besonderer Beleuchtung der Rolle der Frauen und speziell der indigenen Frauen (nicht zuletzt im Hinblick auf die Ermordung der Umweltaktivistin Berta Cáceres im März 2016 in Honduras) diskutiert. Die österreichische Botschaft setzte sich nicht zuletzt besonders für Demarchen in schweren Fällen der Verletzung von Schutzaufgaben und MR betroffenen MenschenrechtsverteidigerInnen ein.
- Vertreterinnen der österreichischen Botschaft Mexiko trafen im Laufe des Jahres 2016 erneut mit zahlreichen AkteurInnen der Zivilgesellschaft, u.a. mit der Leiterin von „Peace Brigades International“ in Guatemala und mit VertreterInnen des Ökumenischen Büros für Frieden und Sicherheit in München mit Zuständigkeitsbereich in Mexiko und Zentralamerika zusammen, um auch die Situation der indigenen Frauen bzw. das Mitspracherecht der Frauen im öffentlichen Leben zu erörtern. Diese Follow Up-Treffen der bereits im Vorjahr 2015 initiierten Sitzungen dienen der österreichischen Botschaft, um die Entwicklungen betreffend die Rolle der Frau in Mexiko und Zentralamerika, allen voran in den erstarkten Zivilbewegungen, genau zu beobachten und analysieren. Im Rahmen von Zusammentreffen mit dem Gründer des renommierten politischen Think Tanks „Centro de Estudios Guatemala“ (CEG) (und Enkel des Nobelpreis für Literatur-Trägers Miguel Ángel Asturias) Sandino Asturias wurde die Situation der Frauen in Guatemala im Zuge der jüngsten politischen Ereignisse in Guatemala (Verhaftung und Rücktritt des Präsidenten Otto Perez Molina und Wahl des konservativen Präsidenten Jimmy Morales) besonders beleuchtet.
- Mit Treffen mit Akteurinnen der mexikanischen Zivilgesellschaft wie der renommierten Forscherin und Journalistin Maria Amparo Casar möchte sich die österreichische Botschaft als eine Vertretung in Mexiko, welche die Stärkung der Rolle der Frau in Führungspositionen unterstützt, positionieren. In diesem Zusammenhang setzt auch das Kulturforum der österreichischen Botschaft Mexiko verstärkt auf die Organisation von Kulturprojekten, in denen die Rolle der Frau hervorgehoben wird (2016 dahingehend Buchpräsentationen, Filmvorführungen, Performance & Tanz, Ausstellungen und Vorträge von Wissenschaftlerinnen an Universitäten). Besonders hervorzuheben ist das geplante Projekt Kalliope Austria, das bedeutende Beiträge von herausragenden österreichischen Frauen seit dem 18. Jahrhundert zum kulturellen, wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Leben in einem Band darstellt.

Das Kulturforum der österreichischen Botschaft hat die Organisation dieses Projekts über das Jahr 2016 eng begleitet und betreut.

ÖB Nairobi:

- Am Weltfrauentag 2016 nahm die österreichische Botschaft an der Präsentation des kenianischen Umsetzungsplans der Res. 1325 zusammen mit anderen VertreterInnen der EU-Mitgliedsstaaten und der EU-Delegation teil, um der Unterstützung der kenianischen Bemühungen im Gender-Bereich Ausdruck zu verleihen.
- Im Rahmen der kleinen Botschaftsprojekte unterstützte die österreichische Botschaft 2016 ein Projekt, bei dem inhaftierten Frauen, insbes. Müttern, und Jugendlichen in Haftanstalten Trainings zur Stärkung und Entwicklung praktischer, kreativer und beruflicher Fähigkeiten angeboten wurden. Ziel war es, diesen Menschen eine Perspektive hinsichtlich Selbstständigkeit und einem erfolgreichen Wiedereinstieg in das soziale und berufliche Leben zu ermöglichen.
- Am 7. September 2016 nahm die österreichische Botschaft am „Res. 1325 Global Study Launch Event“, organisiert von UN Women ESARO (Eastern and Southern Africa Regional Office), und der anschließenden Diskussion teil. Durch den Konnex mit der Rahmenstrategie 2016-2018 für die Region der Großen Seen konnte die österreichische Botschaft wichtige Erkenntnisse zu den Errungenschaften und Herausforderungen für Länder der Region, darunter insb. für die Krisenregion Südsudan gewinnen.
- Von 3. bis 4. Oktober 2016 fand in Nairobi der von der ADA unterstützte Friedensdialog für den Südsudan und die Rolle der Frauen in diesem Friedensprozess statt. Auch die österreichische Botschaft nahm an den Präsentationen und Diskussionen teil.

ÖB Ottawa:

- Anlässlich des Weltfrauentages fand am 19. März 2016 das Konzert „Women of Note – Music by European Women Composers“, das in Zusammenarbeit mit weiteren EU-Mitgliedstaaten und der EU Delegation organisiert wurde, in Ottawa statt.
- Die französische Fassung der Wanderausstellung „Ingeborg Bachmann - Écrire contre la guerre“ wurde vom 20. April bis 13. Juni 2016 an der Université de Montréal in Kanada gezeigt.

ÖB Paris:

- Auf Einladung des Vereins „Politiqu'elles“ der Studierenden an der Sciences Po Dijon hielt die österreichische Botschafterin am 11. Februar 2016 am Campus Dijon einen Vortrag zum Thema „Frauen in der EU und in der Welt“. Im Zentrum standen Fragen der Gleichberechtigung von Frau und Mann im Berufsleben sowie in der Politik und Gesellschaft.

- Von Jänner bis April 2016 hielt die österreichische Botschafterin wöchentlich eine Vorlesung im Rahmen des Master-Studiengangs der Paris School of International Affairs (PSIA/Sciences Po) zum Thema „Herausforderungen für die Diplomatie von morgen“. Ein vierstündiges Segment war der Umsetzung der SR-Resolution 1325 gewidmet.
- Die österreichische Botschafterin und das österreichische Kulturforum luden am 19. April 2016 zu einem Vortrag von François-Roger Cazala über Berta Zuckerandl-Szepe. Cazala ist hochrangiges Mitglied des französischen Rechnungshofs und passionierter Beobachter der österreichisch-französischen Beziehungen. Der Schwerpunkt seiner Darstellung lag auf der französischen Periode des Lebens von Zuckerandl. Die anwesenden MitherausgeberInnen der liberalen Revue „Commentaire“ sagten spontan zu, sich für eine Publikation des Vortrags einzusetzen. Die Veranstaltung ist Teil einer Schwerpunktserie des Kulturforums Paris über österreichische Frauenpersönlichkeiten, inspiriert von der BMEIA-Publikation Kalliope.
- Die österreichische Botschafterin und die Botschaft nahmen am 2. Mai 2016 an Gesprächen der Gründerin der NGO „Women without Borders“, Edit Schlaffer, mit dem Präfekten Pierre N’Gahane (Leiter des interministeriellen Komitees zur Prävention von Kriminalität und Radikalisierung, CIPDR) sowie mit dem Kabinett der frz. Familienministerin Laurence Rossignol teil. Thema war die Umsetzung des Projekts „Mothers Schools against Extremism“ in Frankreich. Edit Schlaffer wurde eingeladen, einen Antrag für Pilotprojekte in mehreren Départements einzureichen. Die österreichische Botschaft unterstützte die NGO in weiterer Folge bei Sondierungsgesprächen zur Errichtung von Mütterschulen in Nigeria mit Förderung durch das frz. Außenministerium.
- Am 18. Mai 2016 luden die österreichische Botschafterin und das österreichische Kulturforum zu einem Vortrag der Wiener Historikerin Dr. Lisa Fischer über die erste österreichische Architektin, Anna-Lülja Praun (1906-2004). Die Pariser Galerie HP LE STUDIO widmete Anna-Lülja Praun die Ausstellung „Une pionnière au cœur de la tradition moderne viennoise“, zu der auch ein Ausstellungskatalog erschien. Die Veranstaltung ist Teil der Schwerpunktserie des KF Paris über österreichische Frauenpersönlichkeiten, in deren Rahmen 2016 außerdem Veranstaltungen zu Gerda Lerner, Ingeborg Bachmann (90. Geburtstag) und Elfriede Jelinek (70. Geburtstag) stattfanden.
- Die österreichische Botschafterin hielt am 21. Mai 2016 einen Vortrag zu frauenpolitischen Fragen vor der Vereinigung „Soroptimist International“ (Organisation für berufstätige Frauen) in Klagenfurt. Themen waren internationale Frauenfragen, insbesondere Gewalt gegen Frauen, Frauen und Entwicklung sowie Resolution 1325.
- Das BMEIA organisierte mit Unterstützung der ADA am 2./3. Juni 2016 in Graz eine internationale ExpertInnenkonferenz zum Thema „Fighting Conflict Related Sexual Violence – Grassroots Women as Agents of Change“. Die österreichische

Botschafterin nahm daran als Moderatorin eines Panels und Präsentatorin der Vorsitzserklärung teil. Gemeinsam mit Botschafter Peter Launsky-Tieffenthal stand sie JournalistInnen für ein Hintergrundgespräch zur Verfügung.

- Eine Mitarbeiterin der österreichischen Botschaft hielt im Schuljahr 2015/16 einen Vortrag an der International School of Paris über die beruflichen Möglichkeiten im Bereich internationaler Beziehungen. Zielpublikum waren Mädchen im Alter von 9-12 Jahren.
- Auf Einladung des Dachverbands jüdischer Organisationen in Frankreich (CRIF) nahm die österreichische Botschafterin am 21. Juni 2016 an einer Diskussionsrunde mit 14 Mitgliedern der Kommission für internationale Angelegenheiten des CRIF teil. Dabei wurde auch der Zugang von Frauen zur Politik und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern erörtert.

ÖB Prag:

- Am 3. Februar traf SB Schenkenbach mit Vertreterinnen der tschechischen NGO „Czech Women’s Congress“ zusammen, deren Zielsetzung es ist, Vorschläge zu legislativen Reformen im Bereich Gleichberechtigung an die tschechische Regierung zu richten. Mit Interesse wurden dabei die Erläuterungen im Zusammenhang mit dem BMEIA-Schwerpunkt der Umsetzung der Res. 1325 aufgenommen. Für eine im Herbst 2017 geplante Großveranstaltung des „Women’s Congress“ ist eine Zusammenarbeit mit Österreich im Kontakt mit dem Kulturforum Prag angedacht.
- Die österreichische Botschaft unterstützte die Vorbereitung eines Workshops im tschechischen Außenministerium am 2. März zum Thema „Drafting the National Action Plan on 1325 UNSC Resolution“, an welchem auch zwei österreichische VertreterInnen (BMEIA, BMLVS) sowie ein Vertreter der österreichischen Botschaft teilnahmen.

ÖB Pressburg:

- Am 30. Mai 2016 wurde im österreichischen Kulturforum in Kooperation mit der „Slovak Foreign Policy Association“ von Univ. Prof. Dr. Heinz Gärtner vom Österreichischen Institut für Internationale Politik und Prof. Dr. Markus Kornprobst von der Diplomatischen Akademie Wien das Buch „Democracy, Peace, and Security“ präsentiert. Es handelt sich dabei um eine Sammlung wissenschaftlicher Beiträge anlässlich einer im österreichischen Parlament 2014 anlässlich des Gedenkens an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs organisierten internationalen ExpertInnenkonferenz zum Thema „Democratic Peace“. Ausgehend von der These, dass Demokratien nicht gegen andere Demokratien in den Krieg ziehen, werden dabei auch die Rolle und Bedeutung von Internationalen Organisationen und von „Geschlechtergleichheit“ diskutiert.

ÖB Pretoria:

- Die österreichische Botschaft ist mit dem Regionalbüro von UNODC in regelmäßigem Kontakt um die Fortschritte des von der ADA finanzierten und von

UNODC im südlichen Afrika implementierten Projekts „Making the SADC Region Safer from Drugs and Crime“ vor Ort zu besprechen und zu beobachten. Das Projekt verfolgt das Ziel, Programme zu etablieren, durch die von Gewalt betroffene Frauen und Kinder Rechtsschutz, Rechtsvertretung und Betreuung erhalten sowie Maßnahmen zu setzen, um Strafverfolgung und Strafvollzug bei Gewalt gegen Frauen und Kinder zu erhöhen.

ÖB Santiago de Chile:

- Im Dezember 2016 fand ein Meinungsaustausch mit Frauenministerin Claudia Pascual Grau und verschiedenen relevanten staatlichen und NGO-VertreterInnen anlässlich EU-Chile Menschenrechtsdialog über einschlägige chilenische Initiativen statt.

ÖB Sarajevo:

- Die Gender- und Frauenbeauftragte der österreichischen Botschaft nahm regelmäßig an den Sitzungen der Gender Working Group von UN Women teil. Diese Gruppe befasste sich neben der breiten Palette von Gender- und Frauenfragen z.B. intensiv mit der Rolle von Frauen bei den Gemeinderatswahlen im Oktober 2016. Weiters nahm sie regelmäßig am informellen „Gender Coffee“ in der EU-Delegation teil.
- Zwei österreichische Vertreter waren im März 2016 bei einer u.a. von UN WOMEN organisierten Veranstaltung anwesend, bei der vier Gemeinden ein „Memorandum of understanding“ zu „gender-responsive budgeting“ unterzeichneten. Dabei wurde deutlich auf das im November 2016 abgeschlossene ADA-Projekt „Promoting Gender-Responsive Policies in South East Europe“ hingewiesen, das sich mit diesem Thema befasste.

ÖB Tallin:

- Die österreichische Botschaft hat an den Konferenzen „Are we there yet? Assessing progress, inspiring action: The Council of Europe Gender Equality strategy 2014-2017“ am 30. Juni 2016 sowie am Seminar “Women in Politics: Weaker Sex or Strong Actors?“ am 19.10.2016 teilgenommen.

ÖB Tokio:

- Neben anderen Kollegen aus EU-Mitgliedsstaaten erklärte der österreichische Botschafter im Februar 2016 sich offiziell zu Unterstützern der UN-Kampagne „HeForShe“.
- Im Rahmen der „21st International Conference for Women in Business“, die am 23. Juli 2016 unter dem Motto “Think Big“ stattfand, traf ein Vertreter der österreichischen Botschaft mit aufstrebenden Frauen und Männern aus den Bereichen Wirtschaft, Medien und Politik zusammen, um gemeinsam Lösungsansätze für wirtschaftliche und politische Herausforderungen im Zusammenhang mit Fragen der Gleichberechtigung zu diskutieren.

- Am 18. November 2016 nahm ein Vertreter der österreichischen Botschaft am Vortrag "How Abenomics shortchanges Womenomics" von Prof. Machiko Osawa von der Japan Women's University teil: Prof. Osawa kritisierte, dass das Wirtschaftskonzept „Abenomics“ Frauen – entgegen der Erwartungen – nicht ausreichend Möglichkeit gegeben hätte, zu „strahlen“. Die Widersprüchlichkeit zwischen alten Geschlechterrollen und den Herausforderungen der modernen Arbeitswelt führen sowohl zu einem starken Geburtenrückgang als auch zu einem Verlust von weiblichem Talent für den japanischen Arbeitsmarkt mit bereits spürbaren wirtschaftlichen Folgen.
- Im Rahmen des Meetings "Science and Technology Counsellors Meeting on Gender Issue" am 12.12.2016 diskutierte Botschafterin Mara Marinaki, Genderbeauftragte des Europäischen Auswärtigen Dienstes, mit den anwesenden Delegationen das "New framework for Gender Equality and Women's Empowerment" sowie den Kampf gegen Gewalt an Frauen als Priorität des Jahres 2017. Darüber hinaus debattierten die anwesenden VertreterInnen der EU-Mitgliedsstaaten über ein Treffen von Premierminister Abe mit weiblichen Botschafterinnen, bei dem mögliche Erfolgsmethoden zur Erreichung der Gleichstellung der Geschlechter diskutiert wurden.
- Am 12.12.2016 nahm die österreichische Botschaft an der „EU High Level Conference on Economic Empowerment of Women“ teil: Präsentation des "EU-Japan Comparative Report on the Economic Empowerment of Women", der unterstrich, dass die wirtschaftliche Gleichstellung sowohl in der EU, aber besonders in Japan noch lange nicht erreicht sei. Es folgte ebenso eine Rede von Katsunobu Kato, Minister für Arbeitsreformen und die Gleichstellung der Geschlechter, in der er verstärktes gesamtgesellschaftliches Engagement in diesem Bereich forderte.

ÖB Tripolis:

- 2016 hat die österreichische Botschaft sämtliche Einladungen zu Workshops und Tagungen zu Gleichberechtigungsfragen in Libyen, insbesondere zur Einbindung von Frauen in den Friedensprozess wahrgenommen, zu denen seitens United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL) eingeladen wurde. Zusätzlich wurden auch Kontakte zu einschlägigen libyschen NGOs gepflegt und aktiv an Workshops teilgenommen.

ÖB Tunis:

- Die österreichische Botschaft nimmt im Rahmen der EU-Koordination regelmäßig an Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, einschließlich Frauenorganisationen, teil bzw. steht in direktem Kontakt mit ihnen.
- Nach dem Besuch von Bundesministerin Sophie Karmasin im Rahmen des Besuchs von Bundespräsident Heinz Fischer in Tunis steht die österreichische Botschaft mit dem tunesischen Ministerium für Frauen, Familie und Kinder in regelmäßigem Kontakt, um die Fortschritte hinsichtlich der Sensibilisierung und Verhinderung von Radikalisierungstendenzen (dies war auch ein Thema im

Rahmen des OSZE-Jugendworkshops der Mittelmeergruppe am 3. Mai 2016 in Tunis), der Einbindung der Frauen ins Berufs- und Wirtschaftsleben sowie der Konfliktprävention und Schutzmaßnahmen (z.B. österreichischer Finanzierungsbeitrag zur Renovierung des Frauenhauses in der Medina von Tunis) vor Ort zu besprechen und zu beobachten.

- 2016 hat das Ministerium auf Basis der Resolution diverse interministerielle Arbeitsgruppen gemeinsam mit dem Institut für Humane Entwicklung (IDH) sowie der VN-Frauen-Organisation gegründet. Frau Emna Jebblaoui, Präsidentin des „L’Institut international du développement humain“ (IDH), wurde für die Teilnahme an der Konferenz „Women for Peace“ in Graz am 2./3. Juni 2016: Fighting Conflict Related Sexual Violence – Grassroots Women as Agents of Change“) vorgeschlagen.

ÖB Vatikan:

- Teilnahme einer Vertreterin der österreichischen Botschaft am internationalen Seminar „The Elimination of all forms of Violence Against Women & Girls. Towards the Sustainable Development Goal of Gender Equality and Empowerment“, das von der australischen Botschaft beim Heiligen Stuhl anlässlich des Weltfrauentages im März 2016 in Rom veranstaltet wurde. Es wirkten u.a. VertreterInnen des Heiligen Stuhls und der Caritas Internationalis mit.

ÖB Warschau:

- Am 13. Mai 2016 nahm der österreichische Botschafter am achten polnischen „Congress of Women“, einer unabhängigen, polnischen Frauenbewegung, die 2009 mit der Veranstaltung des ersten Frauenkongresses ins Leben gerufen wurde und inzwischen die größte Veranstaltung für Frauenrechte in Polen darstellt, teil. U.a. traf er dort mit der österreichischen UnterstützerInnengruppe des „Congress of Women“ zusammen. Die österreichische Botschaft ist Mitglied der sogenannten „Friends of the Congress of Women“ und nimmt regelmäßig an den diesbezüglichen Treffen in Warschau teil.
- Am 9. Juni 2016 fand der „Global Summit of Women“ in Warschau statt; die österreichische Botschaft unterstützte im Vorfeld die OrganisatorInnen bei der Identifizierung und Einladung von Vortragenden aus Österreich, v.a. von Frauen aus der Privatwirtschaft.
- Am 11. August 2016 erfolgte ein Zusammentreffen des österreichischen Botschafters mit Frau Urszula Nowakowska, Direktorin des Zentrums für Angelegenheiten der Frauen zum Austausch zur Situation von Frauen in Polen.